
Niederschrift

über die Sitzung des Kreistages des Landkreises Cloppenburg
am Donnerstag, dem 01. Oktober 2009, 16.00 Uhr, im Sitzungssaal Nr. 1
des Kreishauses in Cloppenburg

Anwesend:

I. Die Abgeordneten des Kreistages:

1. Kreistagsabgeordneter Gerhard Höffmann, Bösel, als Kreistagsvorsitzender
2. Kreistagsabgeordneter Rudolf Arkenau, Cappel
3. Kreistagsabgeordneter Karl-Heinz Bley, Garrel
4. Kreistagsabgeordneter Wilhelm Bohnstengel, Friesoythe
5. Kreistagsabgeordneter Theodor Borgmann, Emstek
6. Kreistagsabgeordneter Alfons Brinker, Hemmelte
7. Kreistagsabgeordneter Gerhard Bruns, Neuvrees
8. Kreistagsabgeordneter Josef Dobelmann, Bokah
9. Kreistagsabgeordneter Christoph Eilers, Cappel
10. Kreistagsabgeordneter Hartmut Frerichs, Harkebrügge
11. Kreistagsabgeordneter Wilhelm Freye, Cloppenburg
12. Kreistagsabgeordneter Peter Friedhoff, Huckelrieden
13. Kreistagsabgeordnete Marianne Fugel, Scharrel
14. Kreistagsabgeordneter Johannes Geesen, Barßel
15. Kreistagsabgeordneter Hans Götting, Angelbeck
16. Kreistagsabgeordneter Bernhard Hackstedt, Garrel
17. Kreistagsabgeordneter Hubert Hannover, Lastrup
18. Kreistagsabgeordneter Bernhard Hardenberg, Altenoythe
19. Kreistagsabgeordneter Georg Haupt, Neuenkämper
20. Kreistagsabgeordnete Marlies Hukelmann, Elbergen
21. Kreistagsabgeordnete Christa Huster-Klatte, Klein-Roscharden
22. Kreistagsabgeordneter Johannes Kalvelage, Halen
23. Kreistagsabgeordnete Constanze Korfhage, Cloppenburg
24. Kreistagsabgeordneter Paul Korthals, Sedelsberg
25. Kreistagsabgeordneter Heiner Kreßmann, Essen
26. Kreistagsabgeordneter Karl-Heinz Krone, Ikenbrügge
27. Kreistagsabgeordneter Antonius Lamping, Molbergen
28. Kreistagsabgeordneter Reinhard Lanfer, Bösel
29. Kreistagsabgeordneter Johannes Loots, Barßelermoor
30. Kreistagsabgeordnete Gudrun Lüdders, Cloppenburg
31. Kreistagsabgeordneter Martinus Meinerling, Bösel
32. Kreistagsabgeordneter Georg Meyer, Cloppenburg
33. Kreistagsabgeordneter Hans Meyer, Gehlenberg
34. Kreistagsabgeordnete Ursula Meyer, Emstek
35. Kreistagsabgeordneter Gregor Middendorf, Uptloh
36. Kreistagsabgeordneter Bernhard Möller, Friesoythe
37. Kreistagsabgeordneter Ludger Niehaus, Peheim
38. Kreistagsabgeordneter Alois Niemann, Benstrup

39. Kreistagsabgeordnete Ursula Nüdling, Barßel
40. Kreistagsabgeordneter Stefan Riesenbeck, Cloppenburg
41. Kreistagsabgeordneter Bernd Roder, Bösel
42. Kreistagsabgeordneter Leonhard Rosenbaum, Ramsloh
43. Kreistagsabgeordneter Hermann Schröer, Cloppenburg
44. Kreistagsabgeordneter Heinrich Schwarte, Liener
45. Kreistagsabgeordneter Dr. Franz Stuke, Cloppenburg
46. Kreistagsabgeordneter Wilhelm Tellmann, Sedelsberg
47. Kreistagsabgeordneter Siegfried Wichmann, Sevelten
48. Kreistagsabgeordnete Julia Wienken, Schmertheim

II. Von der Verwaltung

Landrat Hans Eveslage, zugleich als Mitglied des Kreistages
Erster Kreisrat Frische
Ltd. Baudirektor Raue
Pressesprecher Meyer
Verw.-Angestellte Hachmann als Protokollführerin

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Kreistages am 23.06.2009
5. Berufung von ehrenamtlichen Richtern für das Sozialgericht Oldenburg
6. Neufestsetzung des Jagdwertes für die nicht verpachteten Jagden
7. Satzung des Landkreises Cloppenburg über die Verringerung der Zahl der Kreistagsabgeordneten
8. Entscheidung über Einzelanträge der kreisangehörigen Städte/Gemeinden bezüglich der Bezuschussung von Krippenbauten durch den Landkreis
9. Antrag des Kreissportbundes auf Erhöhung des Zuschusses für nebenamtliche Übungsleiter
10. Antrag des Orts- und Verschönerungsvereins Elisabethfehn e.V. als Träger des Moor- und Fehnmuseums Elisabethfehn vom 18.04.2008 auf Erhöhung des jährlichen Zuschusses von bisher 23.008,00 € auf 40.000,00 €



11. Antrag des Oldenburgischen Jugenderholungswerkes e.V. (OJE) auf Gewährung eines Zuschusses in Höhe von 30.000,00 € für Instandhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen am Landschulheim Wangerooge
12. Beschlussfassung über die Höhe des Zuschusses des Landkreises an die Musikschule für den Landkreis Cloppenburg e.V. für das Haushaltsjahr 2010
13. Elternbefragung zur Bedarfsfeststellung für die Errichtung von Gesamtschulen
14. Antrag des Copernicus-Gymnasiums Lönigen auf Einrichtung einer offenen Ganztagschule
15. Umnutzung des Finanzamtsgebäudes am Standort Cloppenburg, Bahnhofstraße 47, für die Berufsbildenden Schulen am Museumsdorf und für das Clemens-August-Gymnasium sowie für die Räumlichkeiten der Universität Vechta und der Privaten Fachhochschule für Wirtschaft und Technik und Neubau einer Mensa
16. Vergabe von Wirtschaftsförderungsmitteln des Landkreises Cloppenburg
17. Absicherung Tierseuchenvorsorge durch die Landkreise
18. Kommunale Geschwindigkeitsüberwachung im Landkreis Cloppenburg
hier: Erweiterung der mobilen Geschwindigkeitsüberwachung
19. Einsatz einer Abstandsmessanlage auf den Autobahnabschnitten im Bereich des Landkreises Cloppenburg
hier: Antrag des Autobahnpolizeikommissariats Ahlhorn auf Beschaffung und Überlassung eines Auswertesystems
20. II. Nachtragshaushalt 2009
21. Über- und außerplanmäßige Ausgaben
22. Kreditaufnahmen und Zinsanpassungen
23. Anfragen zu den Niederschriften des Kreisausschusses
24. Anfragen
25. Mitteilungen
26. Einwohnerfragestunde

Vertraulicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Kreistagsvorsitzender Höffmann eröffnete die Sitzung und begrüßte die Anwesenden.



2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Kreistagsvorsitzender Höffmann stellte die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Kreistages fest.

3. Feststellung der Tagesordnung

Landrat Eveslage bat darum, die Tagesordnung im vertraulichen Teil um den Punkt „Personalsachen“ zu ergänzen.

Der Kreistag erklärte sich einstimmig mit der Ergänzung der Tagesordnung einverstanden. Ansonsten wurde die Tagesordnung in der vorliegenden Form einstimmig festgestellt.

4. Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Kreistages am 23.06.2009

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Kreistages am 23.06.2009 wurde einstimmig genehmigt.

5. Berufung von ehrenamtlichen Richtern für das Sozialgericht Oldenburg

Sachverhalt: Vorlage-Nr.: KA-09-27
Kreisausschuss am 27.08.2009, TOP 5

Landrat Eveslage trug den Sachverhalt vor.

Der Kreistag beschloss einstimmig, folgende Person als ehrenamtlichen Richter für das Sozialgericht Oldenburg vorzuschlagen:

Ludger Niehaus, Am Herrensand 15, 49696 Peheim

6. Neufestsetzung des Jagdwertes für die nicht verpachteten Jagden

Sachverhalt: Vorlage-Nr.: KA-09-28
Kreisausschuss am 27.08.2009, TOP 6

Landrat Eveslage trug den Sachverhalt vor.

Der Kreistag beschloss einstimmig, den Jagdwert für die nicht verpachteten Jagden für die Steuerjahre 2010/2011 bis 2014/2015 auf 5,00 EURO pro Hektar festzusetzen.

7. Satzung des Landkreises Cloppenburg über die Verringerung der Zahl der Kreistagsabgeordneten

Sachverhalt: Vorlage-Nr.: KA-09-34
Kreisausschuss am 24.09.2009, TOP 18

Landrat Eveslage trug den Sachverhalt vor.

Kreistagsabgeordneter Friedhoff erklärte, die FDP-Fraktion werde der Verringerung der Zahl der Kreistagsabgeordneten nicht zustimmen, da die Arbeitsfähigkeit der kleinen Parteien dadurch benachteiligt würde. Eine Fraktion mit 2 Mitgliedern habe eine zu große Zahl von Sitzungsterminen wahrzunehmen.

Der Kreistag beschloss bei 2 Gegenstimmen folgende Satzung:

Satzung des Landkreises Cloppenburg über die Verringerung der Zahl der Kreistagsabgeordneten

Aufgrund der §§ 7 und 27 Nieders. Landkreisordnung vom 30.10.2006 (Nds. GVBl. S. 510) zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes zur Änderung des niedersächsischen Kommunalverfassungsrechtes und anderer Gesetze vom 13.05.2009 (Nds. GVBl. S. 191) hat der Kreistag in seiner Sitzung am 01.10.2009 folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Die Zahl der Kreistagsabgeordneten wird für die kommende 8. Wahlperiode (2011 – 2016) um 6 verringert.

§ 2

Diese Satzung tritt am Tage nach der Bekanntmachung in Kraft.

8. Entscheidung über Einzelanträge der kreisangehörigen Städte/Gemeinden bezüglich der Bezuschussung von Krippenbauten durch den Landkreis

Sachverhalt: Vorlage-Nr.: JH-09-10

Jugendhilfeausschuss am 01.09.2009, TOP 7
Kreisausschuss am 24.09.2009, TOP 4

Kreistagsabgeordneter Hannöver, Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses, trug den Sachverhalt vor.

Der Kreistag beschloss einstimmig, entsprechend den vorliegenden Einzelanträgen für die erfolgten bzw. geplanten Krippenbauten folgende Höchstbeträge zu bewilligen:

Gemeinde Molbergen	93.099,40 € (Änderungsbetrag)
Gemeinde Saterland (Krippe Scharrel)	3.700,00 € (Änderungsbetrag)
Gemeinde Essen	35.056,81 € (Änderungsbetrag)
Gemeinde Garrel	99.908,72 €
Gemeinde Cappeln	71.150,00 €
Gemeinde Saterland (Krippe Strücklingen)	25.826,50 €
Stadt Cloppenburg (Krippe St. Augustinus)	50.370,00 €
Stadt Cloppenburg (Krippe Kessener Weg)	99.908,72 €
Gemeinde Lindern	72.663,73 €

Die Auszahlung erfolgt nach Vorlage des Verwendungsnachweises und dem Abzug der bewilligten Drittmittel.

9. Antrag des Kreissportbundes auf Erhöhung des Zuschusses für nebenamtliche Übungsleiter

Sachverhalt: Vorlage-Nr.: KUL-09-06
Ausschuss für Kultur und Freizeit am 03.09.2009, TOP 4
Kreisausschuss am 24.09.2009, TOP 5

Kreistagsabgeordneter Dr. Stuke nahm an der Beratung und Abstimmung nicht teil.

Kreistagsabgeordneter Rosenbaum, Vorsitzender des Ausschusses für Kultur und Freizeit, trug den Sachverhalt vor.

Der Kreistag beschloss einstimmig, den Zuschuss des Landkreises Cloppenburg für nebenamtliche Übungsleiter ab dem Jahr 2009 auf jährlich 102.512,00 € vorbehaltlich der Beschlussfassung des Nachtragshaushaltes 2009 zu erhöhen.

10. Antrag des Orts- und Verschönerungsvereins Elisabethfehn e.V. als Träger des Moor- und Fehnmuseums Elisabethfehn vom 18.04.2008 auf Erhöhung des jährlichen Zuschusses von bisher 23.008,00 € auf 40.000,00 €

Sachverhalt: Vorlage-Nr.: KUL-09-07
Ausschuss für Kultur und Freizeit am 03.09.2009, TOP 5
Kreisausschuss am 24.09.2009, TOP 6

Kreistagsabgeordneter Rosenbaum, Vorsitzender des Ausschusses für Kultur und Freizeit, trug den Sachverhalt vor.

Der Kreistag beschloss einstimmig, den jährlichen Zuschuss an die Stiftung Moor- und Fehnmuseum Elisabethfehn – vorbehaltlich der Beschlussfassung des Nachtragshaushaltes 2009 – auf 40.000,00 € zu erhöhen.

11. Antrag des Oldenburgischen Jugenderholungswerkes e.V. (OJE) auf Gewährung eines Zuschusses in Höhe von 30.000,00 € für Instandhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen am Landschulheim Wangerooge

Sachverhalt: Vorlage-Nr.: KUL-09-08
Ausschuss für Kultur und Freizeit am 03.09.2009, TOP 6
Kreisausschuss am 24.09.2009, TOP 7

Kreistagsabgeordneter Rosenbaum, Vorsitzender des Ausschusses für Kultur und Freizeit, trug den Sachverhalt vor.

Der Kreistag beschloss einstimmig, dem Oldenburgischen Jugenderholungswerk e.V. den beantragten Zuschuss in Höhe von 30.000,00 € für Instandhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen am Landschulheim Wangerooge unter der Erwartung zu gewähren, dass sich auch die anderen Vereinsmitglieder in gleicher Höhe beteiligen. Die entsprechenden Mittel sollen in den Haushalt 2010 eingestellt werden.

12. Beschlussfassung über die Höhe des Zuschusses des Landkreises an die Musikschule für den Landkreis Cloppenburg e.V. für das Haushaltsjahr 2010

Sachverhalt: Vorlage-Nr.: KUL-09-10
Ausschuss für Kultur und Freizeit am 03.09.2009, TOP 8
Kreisausschuss am 24.09.2009, TOP 8

Kreistagsabgeordneter Rosenbaum, Vorsitzender des Ausschusses für Kultur und Freizeit, trug den Sachverhalt vor.

Der Kreistag beschloss einstimmig, den Zuschussbetrag an die Musikschule für den Landkreis Cloppenburg e.V. für das Haushaltsjahr 2010 in Höhe von bis zu 500.000,00 € zu tragen.

13. Elternbefragung zur Bedarfsfeststellung für die Errichtung von Gesamtschulen

Sachverhalt: Vorlage-Nr.: SCHUL-09-13
Schulausschuss am 10.09.2009, TOP 4

Kreisausschuss am 24.09.2009, TOP 10

Kreistagsabgeordneter Lanfer, Vorsitzender des Schulausschusses, trug den Sachverhalt vor.

Kreistagsabgeordneter Hans Meyer wies darauf hin, dass sich immerhin 21 % der Befragten für eine Gesamtschule ausgesprochen hätten. Die Landesregierung habe allerdings die Hürden für die Zulassung von Gesamtschulen so hoch gelegt, dass eine Errichtung im ländlichen Gebiet kaum durchführbar sei.

In der Stadt Cloppenburg seien die notwendigen Zahlen erreicht worden. Der Elternwunsch, ihre Kinder auf eine Gesamtschule zu schicken, sollte hier ermöglicht werden.

Die SPD-Fraktion stelle daher wie bereits im Schul- und Kreisausschuss auch im Kreistag folgenden Antrag:

„Der Kreis Cloppenburg beantragt beim Land Niedersachsen die Genehmigung zur Einrichtung einer Integrierten Gesamtschule für den Bereich der Stadt Cloppenburg“.

Er wolle allerdings noch das Problem des 3-gliedrigen Schulsystems ansprechen. In 11 von 16 Bundesländern gebe es das 2-gliedrige Schulsystem. Er gehe davon aus, dass in den nächsten zehn Jahren die Hauptschule abgeschafft werde. Wenn es dann schon eine Konzentration gebe, solle es sie auch in Form von Gesamtschulen geben. Alle Untersuchungen hätten gezeigt, dass das Schulsystem daran kranke, dass das gemeinschaftliche Lernen nach der Klasse 4 aufhöre. Die SPD-Fraktion spreche sich daher für eine Gesamtschule aus.

Kreistagsabgeordnete Lüdders erklärte, ihre Fraktion unterstütze den Antrag der SPD-Fraktion. 21 % der Befragten seien schließlich keine Minderheit, sondern eine Gruppe von Eltern, die sich viele Gedanken um die Bildungsmöglichkeiten und die Zukunft ihrer Kinder gemacht hätten. Die Gesamtschule sei die einzige Chance für ein wohnortnahes, hochqualifiziertes Schulangebot im ländlichen Bereich. Die geforderte 5-Zügigkeit für eine Gesamtschule im ländlichen Raum bedeute, dass der Wille dieser Eltern einfach ignoriert werde. Das sei keine gute demokratische Tradition. Das Land müsse aufgefordert werden, für Gesamtschulen im ländlichen Raum die Zügigkeit von 5 auf 3 herabzusetzen.

Kreistagsabgeordnete Korfhage unterstützte auch den Antrag der SPD-Fraktion. Die Gruppe UBF sehe in der Gesamtschule keine Konkurrenz zum 3-gliedrigen Schulsystem, sondern eher eine sinnvolle Ergänzung. Die Hauptschule werde auf Dauer ein Auslaufmodell werden, die Gründe hierfür seien vielfältig. Dass die Landesregierung die Hürden für eine Gesamtschule so hoch gelegt habe, könne nicht akzeptiert werden. Nicht nur in Cloppenburg, sondern auch im Nordkreis werde der Elternwille nicht akzeptiert. Evtl. wären andere Zahlen bei der Befragung herausgekommen, wenn man auch die Eltern der Kinder im letzten Kindergartenjahr befragt hätte.

Kreistagsabgeordneter Friedhoff zeigte sich überrascht über die hohe Rücklaufquote der Befragung. Die Zahlen seien s.E. sehr aussagekräftig. Immerhin hätte sich eine deutliche Mehrheit von 80 % für die Beibehaltung des 3-gliedrigen Schulsystems ausgesprochen. Die Gesamtschule könne nur dann eine Ergänzung der vorhandenen Schulen sein, wenn die Existenz der vorhandenen Schulen in den umliegenden Gemeinden der Stadt Cloppenburg nicht gefährdet werde. Die Bürgermeister hätten deutlich gemacht, dass sie eine Gefährdung ihrer Schulen sehen.

Das Land habe die 5-Zügigkeit für Gesamtschulen festgelegt, damit gewährleistet sei, dass diejenigen Schüler, die nach der Klasse 10 das Abitur anstreben würden, während der Schulzeit eine vernünftige Auswahlmöglichkeit an Kursen hätten. Aus diesem Grunde werde

die FDP-Fraktion die Mehrheit des Elternwillens entsprechend unterstützen und die Einrichtung einer Gesamtschule ablehnen.

Kreistagsabgeordneter Bohnstengel warf die Frage auf, woran es liegen könne, dass die Nachfrage nach Gesamtschulen mit 20 % relativ hoch sei. In einigen Ortsteilen im Nordkreis liege sie sogar noch höher. Die Nachfrage bestehe, weil sich die gesellschaftlichen Verhältnisse verändert hätten. Viele Eltern seien beide berufstätig und wüssten nicht, wo sie nachmittags ihre Kinder unterbringen könnten. Es gebe mittlerweile viele Gesamtschulen, die als Ganztagschulen geführt würden. Das Förderkonzept bei Ganztagschulen sei ausgeprägter als beim 3-gliedrigen Schulsystem. Diese Förderung hätten immer mehr Schüler nötig, egal welche Schule sie besuchen würden. Die Lernbedingungen hätten sich verändert. Spätestens in 10 Jahren würde es überall Gesamtschulen geben.

Die Lernsituation an den Hauptschulen sei nach Auflösung der Orientierungsstufen immer schlechter geworden. Die problematischen Schüler seien auf mehrere Klassen verteilt gewesen und seien von den besseren Schülern mitgezogen worden. In den Klassen 5 und 6 der Hauptschulen würden heute die gut erzogenen und bildungsstarken Schülerinnen und Schüler fehlen.

Wenn der Kreitag heute den Antrag auf Einrichtung einer Gesamtschule in Cloppenburg ablehne, werde bald ein neuer Antrag gestellt werden.

Kreistagsabgeordneter Lanfer hielt es für verfehlt, von einer hohen Nachfrage zu sprechen. Nur 20 % der Befragten wünschten sich eine Gesamtschule. In keiner Stadt und Gemeinde würden die Voraussetzungen für die Errichtung einer Gesamtschule vorliegen. Wenn jetzt über die Vorgaben der Landesregierung geklagt werde, liege es an den Fraktionen, Vorstöße dagegen zu unternehmen. Der Landkreis habe darüber nicht zu befinden, sondern müsse sich an die Vorgaben halten, die die Auswertung der Befragung ergeben hätten. Die CDU-Fraktion sehe in der Tat in der Errichtung einer Gesamtschule eine Gefährdung für die derzeit bestehenden Haupt- und Realschulen in der Umgebung von Cloppenburg. Es sei wichtig, in den einzelnen Gemeinden Haupt- und Realschule vorzuhalten, um eine wohnortnahe Beschulung zu gewährleisten. Diese Schulen würden eine hervorragende Arbeit leisten, dies sei auch von Externen bei Überprüfungen anerkannt worden. Die Schulen vor Ort würden zum dörflichen Leben und zum Leben in der Gemeinde beitragen. Die Haltung der CDU-Fraktion zur Gesamtschule werde auch unterstützt durch eine Umfrage von Forsa, die jetzt veröffentlicht worden sei. Danach hätten sich 63 % der Bevölkerung eindeutig für die Beibehaltung des gegliederten Schulsystems ausgesprochen. Dies sei ein klares Signal gegen Gesamtschulen und gegen längeres gemeinsames Lernen.

Kreistagsabgeordneter Friedhoff wies darauf hin, dass Gesamtschulen nicht automatisch Ganztagschulen seien. Die Gesamtschule müsse wie jede andere Schule einen Antrag auf Ganztagschule stellen. Außerdem spreche er sich gegen einen ruinösen Wettbewerb aus, der dazu führe, die Existenz von Haupt- und Realschulen in kleineren Orten zu gefährden. Der Landkreis als Schulträger sei gefordert, dies zu verhindern.

Kreistagsvorsitzender Höffmann ließ zunächst über den Antrag der SPD-Fraktion abstimmen.

Der Kreitag lehnte den Antrag der SPD-Fraktion „der Kreis Cloppenburg beantragt beim Land Niedersachsen die Genehmigung zur Einrichtung einer Integrierten Gesamtschule für den Bereich der Stadt Cloppenburg“ mit 13 Ja-Stimmen und 36 Nein-Stimmen ab.

Der Kreistag beschloss bei 13 Gegenstimmen, vorerst keine Gesamtschulen im Landkreis Cloppenburg einzurichten.

14. Antrag des Copernicus-Gymnasiums Lönigen auf Einrichtung einer offenen Ganztagschule

Sachverhalt: Vorlage-Nr.: SCHUL-09-14
Schulausschuss am 10.09.2009, TOP 5
Kreisausschuss am 24.09.2009, TOP 11

Kreistagsabgeordneter Lanfer, Vorsitzender des Schulausschusses, trug den Sachverhalt vor.

Kreistagsabgeordneter Bohnstengel erklärte, das Gymnasium habe mit der vorgelegten Begründung und dem Konzept für eine offene Ganztagschule gezeigt, dass sich diese Schule weiter entwickle. Die Schule habe auf die veränderten gesellschaftlichen Bedingungen reagiert. Die Zustimmung des Kreistages solle auch ein Ausdruck der Anerkennung sein.

Der Kreistag beschloss einstimmig, dem Antrag des Copernicus-Gymnasiums Lönigen auf Einrichtung einer offenen Ganztagschule zuzustimmen.

15. Umnutzung des Finanzamtsgebäudes am Standort Cloppenburg, Bahnhofstraße 47, für die Berufsbildenden Schulen am Museumsdorf und für das Clemens-August-Gymnasium sowie für die Räumlichkeiten der Universität Vechta und der Privaten Fachhochschule für Wirtschaft und Technik und Neubau einer Mensa

Sachverhalt: Vorlage-Nr.: KA-09-26
Kreisausschuss am 27.08.2009, TOP 4

Landrat Eveslage erklärte, dass der Landkreis seinerzeit das alte Finanzamtsgebäude mit dem Grundstück an der Bahnhofstraße in Cloppenburg erworben habe, um dort Allgemeine Unterrichtsräume und eine Mensa für die Berufsbildenden Schulen am Museumsdorf und für das Clemens-August-Gymnasium zu schaffen. Außerdem sollte der Universität Vechta und der FH für Wirtschaft und Technik die Möglichkeit gegeben werden, eine Außenstelle in Cloppenburg einzurichten. Diese Baumaßnahme sei für das Konjunkturpaket eingeplant worden.

Nach einer detaillierten Bestandsaufnahme habe sich ergeben, dass eine Teilentkernung nicht möglich sei. Die Decken seien aus statischer Sicht nicht ausreichend für Klassenräume. Die Nutzung als Unterrichtsräume sei nur über eine totale Entkernung des Gebäudes möglich.

Der Bauausschuss habe sich für den Ausbau des Dachgeschosses und die Aufstockung der Mensa mit weiteren Unterrichtsräumen ausgesprochen, aber kein abschließendes Urteil getroffen, sondern die Entscheidung auf den Kreisausschuss übertragen. In der Sitzung des Kreisausschusses seien dann die Kosten für die geänderte Situation vorgestellt worden. Die

Kosten für den Umbau des Finanzamtes mit Dachgeschossausbau seien mit rd. 3,8 Mio. € und die Kosten für den Neubau der Mensa mit OG-Ausbau mit rd. 3,6 Mio. € ermittelt worden. Der Kreisausschuss habe sich für einen Komplettausbau des Finanzamtes und dem Neubau einer Mensa mit zusammen 17 Allgemeinen Unterrichtsräumen entschieden. Bei dem Umbau sollte die Fassade möglichst erhalten bleiben.

Über diese Empfehlung, verbunden mit der Feststellung dass die erhöhten Kosten haushaltsmäßig 2010 abgesichert werden müssten, werde der Kreistag um einen nachträglichen Beschluss gebeten. Ein nachträglicher Beschluss deshalb, weil die Planungen weitergeführt werden mussten, um die Mittel aus dem Konjunkturprogramm zügig einsetzen zu können.

Kreistagsabgeordneter Hans Meyer meinte, das ganze Prozedere für dieses Bauvorhaben sei seltsam gelaufen. Bis vor 6 Wochen habe eindeutig festgestanden, dass die Räume im Finanzamt zu Klassenräumen umgebaut werden sollten. Dabei sei man von 12 AUR ausgegangen. Es seien sogar Räume für die Uni und die FH übrig gewesen. Für das Konjunkturprogramm sei die Maßnahme mit einem Kostenrahmen von 2,5 Mio. € für den Umbau des Finanzamtes und von 1,6 Mio. € für den Neubau einer Mensa angemeldet worden. Er sei sehr überrascht gewesen, im Bauausschuss mit völlig anderen Zahlen konfrontiert zu werden. Er sei allerdings nicht überrascht von der Tatsache, dass das Finanzamt entkernt werden müsse. Darauf habe die SPD-Fraktion bereits beim Kauf des Gebäudes hingewiesen.

Es sei auch darüber diskutiert worden, ob das Finanzamtsgebäude überhaupt erhalten werden solle. Die SPD-Fraktion habe immer dafür plädiert, das Gebäude abzureißen. Außerdem sei die Frage zu stellen, warum plötzlich 17 AUR benötigt würden. Warum sollten 2 bzw. 3 Räume an die Uni und FH abgegeben werden, wenn an anderer Stelle diese Räume neu gebaut werden müssten. Die Kosten für den Bau der Mensa hätten sich verdoppelt und die Kosten für den Ausbau der Klassenräume auf rd. 3,8 Mio. € erhöht.

Im Bauausschuss sei über die neue Planung keine Entscheidung gefällt worden, da es eine politische Entscheidung sei, die im Kreisausschuss getroffen werden müsse. Die Gesamtkosten für die Maßnahme mit 7,4 Mio. € seien aufgrund der künftigen Haushaltslage zu hoch. Außerdem sei der Schulausschuss erst auf Nachfrage entsprechend informiert worden. Die SPD-Fraktion sei sehr wohl für den Bau der Räumlichkeiten, aber in einem entsprechenden Kostenrahmen und entsprechender Bauweise. Er habe das Gefühl, man habe die Möglichkeit nutzen wollen, geräuschlos diesen höheren Standard des Umbaues durchziehen zu wollen.

Die SPD-Fraktion stelle den Antrag, das Finanzamtsgebäude abzureißen und ein Konzept für den Neubau mit integrierter Mensa und 17 Unterrichtsräumen zu erstellen. Dem Architekten solle ein Kostenrahmen von insgesamt 5,5 Mio. € vorgegeben werden. An die Uni Vechta und die Private Fachhochschule für Wirtschaft und Technik Vechta sollten keine Räume abgegeben werden.

Landrat Eveslage wies darauf hin, dass man bei der Anmeldung zum Konjunkturprogramm keine genauen Kostenschätzungen gehabt habe, ansonsten wären dafür schon höhere Kosten angesetzt worden. Im Bauausschuss und Kreisausschuss seien alle Details, die bekannt gewesen seien, ausführlich besprochen und diskutiert worden. Der Kreisausschuss sei nochmals ausdrücklich über die Zusammensetzung der Kosten informiert worden. Die 17

AUR seien nicht nur für das CAG, sondern auch für die BBS, die sich zur Zeit in Expansion befinde, gedacht. Allein am CAG werde zur Zeit in 17 Mobilklassen unterrichtet. Weitere 4 Räume stünden in der Kreishandwerkerschaft für das CAG zur Verfügung. Zuviel neuer Schulraum werde auf keinen Fall geschaffen.

Die Nutzung des Gebäudes durch die Uni und die FH sei durch die Bauunterlagen allen Kreistagsabgeordneten bekannt. Es handele sich um einen Seminarraum und um Büro- und Sanitärräume. Die Nutzung von Klassenräume erfolge überwiegend am Wochenende. Der Schulbetrieb solle möglichst wenig gestört werden. Die Uni Vechta wolle in Cloppenburg ein Zentrum für deutsch-russischen Wissenstransfer einrichten. Es bestünden diesbezüglich Partnerschaften mit verschiedenen Universitäten. Die Außenstelle sei ein Ansatz, um die Uni in Cloppenburg stärker zu verankern.

Kreistagsabgeordnete Lüdders sagte, auch für sie sei vieles im unklaren. Sie unterstelle der Verwaltung aber zunächst einmal alle guten Absichten. Unverständlich sei allerdings, warum dem Landkreis beim Kauf des Finanzamtes keine Kenntnisse über die Bausubstanz vorlägen. Aus eigener beruflicher Betroffenheit wisse sie, wie nötig diese Klassenräume seien und sie müssten jetzt und nicht in 5 oder 6 Jahren gebaut werden.

Kreistagsabgeordneter Schröder erklärte, es sei allen klar gewesen, dass das Finanzamt ein altes Verwaltungsgebäude und nicht für Schulzwecke geeignet sei. Der Umfang, in welcher Art und Weise umgebaut werden könnte, sei nicht bekannt gewesen. Der Landkreis habe zunächst Eigentümer sein müssen, um ein entsprechendes Konzept feststellen zu können. Von einem seltsamen Prozedere könne hier nicht gesprochen werden. Das ganze habe sich ja nach und nach entwickelt. Zunächst sei an 8 Klassen gedacht worden. Die Zahl sei dann aufgrund des Bedarfs der Schulen auf 12 aufgestockt worden. Dazu sei die Mensa gekommen und dann die Notwendigkeit von 17 Klassenräumen.

Er halte es auch für wichtig, für die Uni und die FH den relativ kleinen zusätzlichen Raumbedarf zu schaffen. Es könne ein guter Synergieeffekt für die Schulen in Verbindung mit den Bildungswerken haben. Gerade in dieser Region gebe es viele Firmen, die Kontakt in den Ostblock hätten. Sprachkenntnisse müssten auch im Landkreis Cloppenburg gelehrt werden. Der eingeschlagene Weg sei richtig und die Maßnahme sollte wie vom Kreisausschuss empfohlen, schnell umgesetzt werden. Die neue Planung führe zwar zu Mehrkosten, die aber angemessen und angebracht seien, um die schulische Situation beim CAG zu bereinigen.

Kreistagsabgeordneter Dr. Stuke wies darauf hin, dass er sich als Mitglied des Bauausschusses immer sehr gut informiert gefühlt habe. Die Fassadenerhaltung halte er im Sinne der Nachkommen für richtig. Er wies auf das Stadtbild in der Bahnhofstraße hin, das von dem Gebäudeensemble mit dem Finanzamt und dem CAG sowie der Allee geprägt werde.

Kreistagsabgeordnete Korfhage zeigte sich auch erstaunt über die Kostenexplosion. Das Argument, ein genaues Konzept könne erst erstellt werden, wenn man Eigentümer sei, könne sie nicht nachvollziehen. Die Überprüfung der Bausubstanz hätte genauer vor dem Kauf erfolgen müsse.

Sie stimme aber für den Ausbau, da die Klassenräume dringend benötigt würden.



Landrat Eveslage erklärte, er hätte es begrüßt, wenn die SPD-Fraktion ihren Antrag bereits im Kreisausschuss gestellt hätte.

In den Verhandlungen mit dem Finanzministerium habe der Landkreis absichern wollen, dass das neue Finanzamt in Cloppenburg gebaut werde, und zwar schnell.

Das Gelände des alten Finanzamtes werde dringend gebraucht, da es sonst keine freien Grundstücke in der Nähe gebe. Das einzige Grundstück in der Nähe sei mit Containern für die Mobilklassen vollgestellt. Diese Fläche werde zukünftig dringend als Freifläche benötigt. Wenn jetzt eine neue Planung aufgestellt werde, könnten die Mittel aus dem Konjunkturprogramm, die jetzt abgerufen werden müssten, aller Wahrscheinlichkeit nach nicht mehr in Anspruch genommen werden. Das sei ein Verlust von 4 Mio. €.

Der Antrag der SPD-Fraktion wurde bei 8 Ja-Stimmen und 1 Stimmenthaltung abgelehnt.

Der Kreistag fasste bei 8 Gegenstimmen und 1 Stimmenthaltung folgenden Beschluss.

Komplettausbau des Finanzamtes und Bau der Mensa mit insgesamt 17 allgemeinen Unterrichtsräumen. Bei dem Umbau des Finanzamtes soll die Fassade möglichst erhalten bleiben.

16. Vergabe von Wirtschaftsförderungsmitteln des Landkreises Cloppenburg

Sachverhalt: Vorlage-Nr.: PLA-09-13
Ausschuss für Planung und Umwelt am 15.09.2009, TOP 4
Kreisausschuss am 24.09.2009, TOP 12

Kreistagsabgeordneter Götting, Vorsitzender des Ausschusses für Planung und Umwelt, trug den Sachverhalt vor.

Der Kreistag beschloss einstimmig, entsprechend der Vorlagen-Nr. PLA-09-13a Wirtschaftsförderungsmittel des Landkreises Cloppenburg an die Gemeinde Garrel für den Endausbau der „St. Michael-Straße“ abgehend von der „Amerikastraße“ in Höhe von 13.300,00 € (= 25 %) zu bewilligen.

Der Kreistag beschloss einstimmig, entsprechend der Vorlagen-Nr. PLA-09-13b Wirtschaftsförderungsmittel des Landkreises Cloppenburg an die Gemeinde Molbergen für den Endausbau zweier Stichstraßen im Gewerbegebiet Nr. 48 „Nördlich Ermker Weg“ in Höhe von 25.400,00 € (= 25 %) zu bewilligen.

17. Absicherung Tierseuchenvorsorge durch die Landkreise

Sachverhalt: Vorlage-Nr.: PLA-09-14
Ausschuss für Planung und Umwelt am 15.09.2009, TOP 5
Kreisausschuss am 24.09.2009, TOP 13



Kreistagsabgeordneter Götting, Vorsitzender des Ausschusses für Planung und Umwelt, trug den Sachverhalt vor.

Kreistagsabgeordneter Hans Meyer erklärte, die SPD-Fraktion sehe keine Notwendigkeit zur Bezuschussung dieser Maßnahme, da es sich nicht um eine Pflichtaufgabe des Landkreises handele. Zusätzliche freiwillige Leistungen sehe er als nicht angemessen an.

Kreistagsabgeordneter Dobelmann hielt die Geflügelwirtschaft zwar für einen gewichtigen Bestandteil des Wirtschaftssystems, die aber durchaus in der Lage sei, diese Kosten selber zu tragen. Er sei für eine Zusammenarbeit mit der GESEVO. Einerseits würden Kosten dadurch eingespart, andererseits solle der Landkreis dafür zahlen. Der Landkreis leiste seinen Beitrag in Form von Wirtschaftsförderung und Ausbau der Straßen und Gewerbegebiete. Wenn dieser Zuschuss gewährt werde, kämen in Zukunft die Schweinehalter und wollten in ähnlicher Weise bezuschusst werden.

Kreistagsabgeordneter Meinerling wies darauf hin, dass im Bereich der Ernährungswirtschaft viele Arbeitsplätze geschaffen würden. Bei der Bekämpfung der Geflügelgrippe habe die GESEVO sehr gute Arbeit geleistet und die Verwaltung habe Kosten einsparen können. Die FDP-Fraktion unterstütze den Antrag.

Kreistagsabgeordnete Korfhage hielt es für richtig, dass die Geflügelhalter nach dem Verursacherprinzip die Kosten zu übernehmen hätten. In Zeiten knapper Kassen müsse der Landkreis vorsichtig sein mit seinen freiwilligen Leistungen. Wenn freiwillige Leistungen erbracht werden sollten, dann müsse man sie den schwachen Mitgliedern im Landkreis zukommen lassen. Dazu gehöre die Geflügelwirtschaft sicherlich nicht.

Kreistagsabgeordneter Götting bemerkte, dass der Landkreis Cloppenburg einer der geflügelreichsten Landkreise in Niedersachsen und für Tierseuchen zuständig sei. Die GESEVO leiste effektive Arbeit. Die finanzielle Beteiligung des Landkreises sei durchaus angemessen.

Der Kreistag beschloss bei 14 Gegenstimmen, dem Kreislandvolkverband Cloppenburg auf seinen Antrag vom 12.05.2009 hin einen Zuschuss in Höhe von max. 125.000 € für die Aufgaben der GESEVO zur Finanzierung eines Grundstücks plus Gebäude für die Seuchenvorsorge (Unterbringung des Equipment) zu gewähren.

18. Kommunale Geschwindigkeitsüberwachung im Landkreis Cloppenburg hier: Erweiterung der mobilen Geschwindigkeitsüberwachung

Sachverhalt: Vorlage-Nr.: VERK-09-07
Verkehrsausschuss am 22.09.2009, TOP 5
Kreisausschuss am 24.09.2009, TOP 15

Kreistagsabgeordneter Arkenau, Vorsitzender des Verkehrsausschusses, trug den Sachverhalt vor.

Der Kreistag beschloss bei zwei Gegenstimmen und 1 Stimmenthaltung, für die mobile Geschwindigkeitsüberwachung im Landkreis Cloppenburg ein zweites mobiles Messsystem mit Rotblitzanlage inklusive eines gebrauchten Fahrzeuges mit den erforderlichen Umbauarbeiten anzuschaffen.

**19. Einsatz einer Abstandsmessanlage auf den Autobahnabschnitten im Bereich des Landkreises Cloppenburg
hier: Antrag des Autobahnpolizeikommissariats Ahlhorn auf Beschaffung und Überlassung eines Auswertesystems**

Sachverhalt: Vorlage-Nr.: VERK-09-08
Verkehrsausschuss am 22.09.2009, TOP 6
Kreisausschuss am 24.09.2009, TOP 16

Kreistagsabgeordneter Arkenau, Vorsitzender des Verkehrsausschusses, trug den Sachverhalt vor.

Landrat Eveslage wies darauf hin, dass die Polizeidirektion Oldenburg mitgeteilt habe, dass das Gerät erst dann bestellt werde, wenn sichergestellt sei, dass es auch mit den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts in Übereinstimmung stehe.

Kreistagsabgeordneter Friedhoff beantragte, den Tagesordnungspunkt solange zu vertagen bis ein klares und deutliches Rechtsgutachten vorliege.

Erster Kreisrat Frische erklärte, nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts sei nur die laufende Überwachung des Verkehrs unzulässig. Dabei werde jedes Fahrzeug aufgenommen. Das neue System gewährleiste, dass nur die Fahrzeuge, die Abstandsverstöße begangen hätten, aufgenommen würden.

Der Kreistag lehnte den Antrag der FDP-Fraktion auf Vertagung des Tagesordnungspunktes bei 2 Ja-Stimmen ab.

Der Kreistag beschloss bei 2 Gegenstimmen, für die Erweiterung des Abstandsmesssystems bei der Autobahnpolizei 80.000,00 € für die erforderliche Hard- und Software und 10.000,00 € für die Anschaffung und Anpassung der erforderlichen Schnittstellensoftware, die beim Landkreis selbst einzusetzen wäre, um die ausgewerteten Fall- und Bilddaten zu den Abstandsverstößen in das hier für die Bearbeitung von Verkehrsordnungswidrigkeiten eingesetzte EDV-Verfahren einbinden zu können, zur Verfügung zu stellen. An laufenden Kosten für den Messbetrieb (Kosten für die Unterhaltung des

polizeilichen Messfahrzeugs und das zur Beweissicherung eingesetzte Verbrauchsmaterial) sind jährlich 10.000,00 € einzuplanen.

Der Beschluss wird vorbehaltlich der rechtlichen Prüfung des Abstandsmesssystems durch das Niedersächsische Innenministerium gefasst.

20. II. Nachtragshaushalt

Landrat Eveslage:

In den Fraktionen und im Kreisausschuss ist der Entwurf des Zweiten Nachtragshaushaltes – den Ersten Nachtragshaushalt haben wir bereits am 24. März 2009 im Rahmen des Konjunkturpaketes II beschlossen – umfassend beraten worden. Dafür möchte ich mich bedanken. Ich darf davon ausgehen, dass Sie durch die Verwaltung ausreichend informiert worden sind und die notwendige Unterstützung erhalten haben.

Dieser letzte kamerale Nachtrag 2009 ist mit über 400 Seiten wieder recht umfangreich. Dies liegt daran, dass der gesamte Sammelnachweis 4 – Personalausgaben aufgrund der aktuellen Besoldungserhöhung im Beamtenbereich zu ändern war.

Das Ergebnis des Zweiten Nachtrags 2009 kann zufrieden stellen, denn der Verwaltungshaushalt weist eine Nettozuführung an den Vermögenshaushalt in Höhe von 5.9 Mio. EUR aus. Die Aussichten für die kommenden Jahre sind allerdings äußerst unbefriedigend, wie Sie dem Finanzplan 2010 bis 2012 entnehmen können.

Ich möchte Ihnen nun die neuen **Eckdaten** des Zweiten Nachtrags 2009 nennen:

- Das **Volumen des Verwaltungshaushalts** erhöht sich durch diesen Nachtrag in Einnahme und Ausgabe um 3,4 Mio. EUR auf jetzt **rd. 188,8 Mio. EUR**.
- Das **Volumen des Vermögenshaushalts** erhöht sich durch den Nachtrag in Einnahme und Ausgabe um 11,4 Mio. EUR auf jetzt **rd. 51,2 Mio. EUR**.
Das heißt aber nicht, dass wir mehr investieren. Insgesamt lief nämlich im Jahr 2009 bei fünf Kommunaldarlehen mit einem Restkapital von insgesamt rd. 12,8 Mio. EUR die Zinsbindungsfrist aus. Zwei davon mit einem Restkapital in Höhe von rd. 1,7 Mio. EUR konnten außerordentlich getilgt werden. Drei Darlehen mit einem Restkapital in Höhe von rd. 8,3 Mio. EUR wurden zu günstigeren Konditionen umgeschuldet.
- Die **Kreditemächtigung** im Vermögenshaushalt verringert sich durch den Nachtrag um 1,5 Mio. EUR von bisher rd. 8,6 Mio. EUR auf jetzt **rd. 7,1 Mio. EUR**.
- Die **Nettokreditaufnahme**, verbessert sich um 2,6 Mio. EUR gegenüber dem Ersten Nachtrag 2009 auf **rd. 2,3 Mio. EUR**.
 - Addiert man beide Haushalte, so erhöht sich das **Volumen des Gesamthaushalts** durch den Nachtrag in Einnahme und Ausgabe von bisher 225,1 Mio. EUR auf jetzt **rd. 240 Mio. EUR**.

Im **Verwaltungshaushalt** ergeben sich folgende **Verbesserungen**:

Höhere Einnahmen ergeben sich

- | | | |
|----------------------------|-------|-----------------|
| beim Quotalen System | rd. + | 2.152.000,- EUR |
| • bei der Zulassungsstelle | + | 150.000,- EUR |

Niedrigere Ausgaben ergeben sich:

- | | | |
|--|---|---------------|
| beim Ausbildungsplätzeprogramm | - | 150.000,- EUR |
| • bei den Kosten für statische Prüfungen | - | 100.000,- EUR |
| • bei den Zinsausgaben | - | 460.000,- EUR |

Diesen Verbesserungen stehen **Verschlechterungen** gegenüber:

- | | | |
|---|-------|-----------------|
| • <u>niedrigere Einnahmen ergeben sich:</u> | | |
| beim FAG und der Kreisumlage | - | 820.000,- EUR |
| • bei den Verwaltungsgebühren im Bereich Immissionsschutz | - | 500.000,- EUR |
| • <u>höhere Ausgaben entstehen:</u> | | |
| im Einzelplan 2 - Schulen | rd. + | 233.000,- EUR |
| • für die Umlage zum ZV Tierkörperbeseitigung | rd. + | 284.000,- EUR |
| • für die Bekämpfung der Vogelgrippe | + | 190.000,- EUR |
| • bei der örtlichen Sozialhilfe | rd. + | 276.000,- EUR |
| • in der Jugendhilfe | rd. + | 1.929.000,- EUR |
| und – wie schon anfangs erwähnt | | |
| • bei den Personalausgaben | + | 1.447.700,- EUR |

Saldiert ergibt der Verwaltungshaushalt im Nachtrag eine Schlechterstellung von rd. 1,0 Mio. Euro.

Der Vermögenshaushalt verbessert sich durch:

- | | | |
|---|-------|-----------------|
| • saldierte Wenigerausgaben im Einzelplan 2 Schulen einschl. Kreisschulbaukasse | rd. - | 4.390.000,- EUR |
| • saldierte Wenigerausgaben für die Sportförderung | rd. - | 253.000,- EUR |
| • weniger ordentliche Tilgung | rd. - | 568.000,- EUR |

Diesen Verbesserungen stehen allerdings Mehrausgaben gegenüber:

- | | | |
|---|-------|-----------------|
| • weniger Zuführung vom Verwaltungshaushalt | rd. - | 1.694.000,- EUR |
| • weniger FAG-Einnahmen | rd. - | 140.000,- EUR |
| • saldierte Wenigereinnahmen bei den Straßen (GVFG) | rd. - | 1.259.000,- EUR |
| • Mehrausgaben bei Feuerschutz, Katastrophenschutz und Rettungsdienst | rd. + | 264.000,- EUR |
| • Mehrausgaben für die Geschwindigkeitsüberwachung | + | 100.000,- EUR |
| • Mehrausgaben bei der Wirtschaftsförderung | rd. + | 268.000,- EUR |

Saldiert ergibt sich im Vermögenshaushalt eine Besserstellung gegenüber dem Ersten Nachtrag von rd. 1,5 Mio. Euro.

Um diese Summe kann der Kreditbedarf reduziert werden auf nun rd. 7,1 Mio. Euro.

Verpflichtungsermächtigungen entfallen ganz.

Zum Nachtragshaushalt 2009 gehört zwingend ein Blick nach vorn in die Zukunft. Die Finanzsituation unseres Landkreises wird sich in den kommenden Jahren dramatisch verschlechtern.

Die Verwaltungshaushalte 2010 bis 2012 sind nicht mehr auszugleichen. Wir werden deshalb für das Jahr 2010 auch ein Haushaltssicherungskonzept als Anlage zum Haushaltsplan aufzustellen haben, das den neuen strengen Vorgaben des Innenministeriums entspricht.

Laut vorliegendem Entwurf des 2. Nachtragshaushaltes 2009 ergeben sich folgende **Fehlbedarfe**:

in 2010	5,6 Mio. EUR
in 2011	12,9 Mio. EUR
und in 2012	21,4 Mio. EUR

Das ist aber leider noch nicht alles. Nachdem der Ihnen vorliegende Plan verschickt worden war, haben wir am 01.09.2009 die neuen Orientierungsdaten zum Finanzausgleich 2010 erhalten. Danach werden die Zuweisungen im FAG für 2010 um 20,5 % sinken. Eingeplant sind sie noch mit plus 2,8 %. **Der Fehlbedarf 2010 wird allein dadurch noch um rd. 5,0 Mio. EUR gegenüber dem vorliegenden Nachtrag 2009 erhöhen.**

Die Umlagegrundlagen für die Berechnung der Kreisumlage liegen zwar noch nicht vor. Bekannt ist aber, dass das **Gewerbesteuer-Istaufkommen** der kreisangehörigen Städte und Gemeinden im ersten Halbjahr 2009 gegenüber dem gleichen Zeitraum des Jahres 2008 **um 12 % auf 29,6 Mio. EUR gesunken** ist. Wir rechnen deshalb mit einem deutlich verringerten Aufkommen aus der Kreisumlage.

Zuführungen vom Verwaltungshaushalt zum Vermögenshaushalt wird es in den Jahren 2010 – 2012 nicht mehr geben, weil – wie bereits erwähnt – in allen drei Finanzplanungsjahren Fehlbedarfe eintreten.

Folglich erhöhen sich auch die **Kreditaufnahmen** in den nächsten Jahren. Der erfolgreiche Schuldenabbau des Landkreises Cloppenburg ist Vergangenheit, weil zur Finanzierung der Investitionen keine Überschüsse aus dem Verwaltungshaushalt zur Verfügung stehen werden. Allein für 2010 rechnen wir zum jetzigen Zeitpunkt mit einer Nettoneuverschuldung von 6,6 Mio. EUR und wissen doch, dass wir noch gar nicht alle notwendigen Investitionen für die kommenden Jahre im Plan dargestellt haben.

Ende 2008 beliefen sich unsere Schulden auf rd. 70,5 Mio. EUR. Damit liegen wir mit unserer **Pro-Kopf-Verschuldung** um rd. 32 % über dem Landesdurchschnitt der niedersächsischen Landkreise (446,29 EUR zu 337,50 EUR). Aktuell beträgt der Schuldenstand 65,7 Mio. EUR. Ende diesen Jahres wird er sich voraussichtlich auf rd. 72,8 Mio. EUR. belaufen.

Der Kreisausschuss hat Ihnen in seiner Sitzung am 24.09.2009 einstimmig empfohlen, dem vorgelegten Entwurf der Zweiten Nachtragshaushaltssatzung mit Nachtragshaushaltsplan 2009 und dem geänderten Investitionsprogramm 2009 bis 2012 zuzustimmen sowie den geänderten Finanzplan 2009 bis 2012 zur Kenntnis zu nehmen.“

Kreistagsabgeordneter Schröer:

„Für die Erstellung und die gewährte Unterstützung bei der Beratung des II. Nachtragshaushaltes 2009, dem letzten in der kameralen Fassung, möchten wir uns wieder bei Ihnen Herr Landrat Eveslage und den Mitarbeitern der Verwaltung (Herrn Lanfermann, Frau Pitann und dem gesamten Team) bedanken.

Das Zahlenwerk, dessen Eckdaten der Landrat ausführlich vorgestellt hat, gibt das Ergebnis der laufenden Beratungen und Beschlüsse des Kreistages und die aufgrund anderer Entwicklungen – genannt sei die Tariferhöhung mit ca. 1,5 Mio. € - erforderlichen Haushaltsveränderungen in den einzelnen Positionen wieder. Erfreulich ist die ausgewiesene Nettozuführung in Höhe von noch 5,9 Mio. € vom Verwaltungs- an den Vermögenshaushalt. Auch wenn sich die Zuführung um ca. 1,0 Mio. € reduziert hat, immer noch eine beachtliche Zahl, die wohl in den folgenden Jahren nicht mehr ausgewiesen werden kann.

Positiv für die Haushaltsbelastung wirkt sich die Umschuldung von Darlehen in Höhe von ca. 8 Mio. € zu erheblich günstigeren Zinsen und besonders die Tatsache, dass auch im laufenden Jahr wieder eine Sondertilgung von Darlehen in Höhe von 1,7 Mio. € vorgenommen werden konnte, aus. Im Ergebnis werden wir erneut eine deutliche Reduzierung der geplanten Tilgungsleistungen von 568.000 € und ersparter Zinsen von ca. 404.000 € = 972.000 € erreichen.

Es bleibt bei unserer Kernaussage:

„Entschuldung ist die sozialste Politik, die wir für die Zukunft unserer Kinder machen können.“

Der Landrat hat auf unseren Schuldenstand hingewiesen, der sich nach diesem Nachtrag statt um 8,6 um 7,1 Mio. € auf 72,8 Mio. € Ende 2009 erhöht. Davon entfallen ca. 2,7 Mio. € auf unseren Eigenanteil aus dem Konjunkturprogramm. Wir sind für 2009 zuversichtlich, mit der Jahresrechnung ein besseres Ergebnis zu erzielen.

Ein besseres Ergebnis 2009 ist aber auch mit Blick auf die kommenden Jahre dringend erforderlich. Sollte die aufgestellte Prognose, die aus den heute bekannten Anhaltzahlen abgeleitet ist, eintreten, so müssen wir als Landkreis, aber auch die Städte und Gemeinden in den nächsten Jahren mit deutlich reduzierten Einnahmen und damit deutlich steigenden Fehlbeiträgen in den öffentlichen Haushalten rechnen. Und dies bei einer in den meisten Kommunen schon viel zu hohen Verschuldung und einer weiter stark ansteigenden Verpflichtung von Ausgaben im Einzelplan 4 und hier besonders der Jugendhilfe.

Die schon bekannten Zahlen, aber auch die abzusehende Entwicklung (der Landrat sprach von -20 % aus dem Finanzausgleich für 2010 und damit allein aus diesem Ansatz ein Minus von 5 Mio. €) lassen nichts Gutes erwarten.

Wir hoffen hier auf die von den Wählerinnen und Wählern unseres Landes am letzten Sonntag mit beeindruckender Mehrheit gewählte neue „bürgerliche“ Regierung und ihrem richtigen Ansatz, schwerpunktmäßig die Wachstumskräfte in unserem Land zu stärken.

Die anstehenden Haushaltsberatungen 2010, erstmals mit einem doppelten Haushalt, werden von uns einen doppelten Einsatz verlangen. Einmal bezogen auf die neue Haushaltsform, mit der wir uns anfreunden/auseinandersetzen müssen und vor allem und besonders auf die Frage, wie wollen wir bei deutlich reduzierten Mitteln neben unseren überwiegenden Pflichtaufgaben unsere jetzt schon wenigen aber für viele Bürgerinnen und Bürger – ich nen-

ne nur die Sportförderung, die Familienhebammen, die Tagesmütter – wichtigen freiwilligen Aufgaben aufrechterhalten.

Diese Fragen gilt es, auch mit Blick auf ein notwendiges Haushaltssicherungskonzept, frei von ideologischen Barrieren und über die Parteigrenzen hinweg zu beantworten. Die CDU-Fraktion wird, entsprechend der Beschlussempfehlung des Kreisausschusses vom 24.09.2009, der Nachtragshaushaltssatzung mit Nachtragshaushaltsplan 2009 und dem geänderten Investitionsprogramm 2009 bis 2012 zustimmen und den geänderten Finanzplan zustimmend zur Kenntnis nehmen.

Ich bitte um entsprechende Abstimmung, hoffe auf ein einstimmiges Votum des Kreistages und bedanke mich für die Aufmerksamkeit.“

Kreistagsabgeordneter Hans Meyer erklärte, bei diesem Nachtrag gehe es nur um Anpassungen von Zahlen an die tatsächlichen Einnahmen und Ausgaben. Da die SPD-Fraktion dem Haushalt 2009 zugestimmt habe, werde sie auch dem Nachtragshaushalt zustimmen.

Die Tendenz gehe eindeutig dahin, dass die Einnahmen sinken würden, und zwar nicht unerheblich. Der Vermögenshaushalt werde am Ende des Jahres sicherlich besser aussehen als jetzt angenommen, da einige Maßnahmen noch nicht abgewickelt oder gar nicht erst in Angriff genommen worden seien.

Zu der Aussage von Herrn Schröder sei zu sagen, dass sicherlich nicht die bürgerliche Partei für Verbesserungen sorgen werde. Das Land Niedersachsen haben die Kommunen immer sehr stiefmütterlich behandelt und keineswegs zusätzliches Geld bereitgestellt.

Kreistagsabgeordneter Meinerling:

„Wir haben die Zahlen gerade vom Landrat vorgestellt bekommen. Ich möchte dazu ein paar grundsätzliche Anmerkungen machen.

Nachdem im I. Nachtragshaushalt in diesem Jahr Korrekturen am Haushalt 2009 infolge des Konjunkturpaketes II vorgenommen worden sind, liegt uns nun der II. Nachtrag 2009 vor. Zum einen spiegelt er unsere Beschlüsse, welche im Laufe des Jahres gemacht worden sind, wieder. Zum anderen haben sich Rahmendaten verändert, die von uns zwar nicht beeinflussbar sind, gleichwohl aber Anlass zur Besorgnis geben.

Da wäre zum 1.

FAG und Kreisumlage mit einem Minus von insgesamt 820.000 €. Dies ist eine Folge der Wirtschaftskrise und dieser Trend wird sich im kommenden Haushaltsjahr noch verstärken. Sie trifft aber nicht nur den Haushalt des Landkreises, sondern in gleichem Maße auch den der Städte und Gemeinden. Aus unserer Sicht müssen wir die Folgen, sprich Einnahmeverluste, auch gemeinsam tragen.

In die Höhe geschneit sind die Personalkosten. 1.447.700 € Mehrausgaben schlagen hier zu Buche – ein sattes Plus von 4,14 %. Davon entfallen zwar 998.700 € auf kostenrechnende Einrichtungen, das Geld fehlt uns aber trotzdem.

Genauso sieht es bei den Einnahmen bei den Verwaltungsgebühren aus. Im Bereich Immissionsschutz wurde der Ansatz der Einnahmen um 500.000 € nach unten korrigiert. Auch hier fehlt uns das Geld bei gleichzeitig gestiegenen Personalkosten. An dieser Stelle müssen wir in Zukunft genau hinsehen und nach Möglichkeit weitere Steigerungen vermeiden. Sie werden nur schwer zu finanzieren sein.

Die größten Sorgen machen uns allerdings die Mehrausgaben bei der Jugendhilfe. Hier reichte der schon im Vergleich zu den Vorjahren erheblich erhöhte Ansatz im Haushaltsplan nicht aus. Die zusätzlichen Aufwendungen betragen 1.929.000 €. Hiervon entfallen als größter Brocken für die Hilfe zur Erziehung außerhalb von Einrichtungen 750.000 € und auf die Hilfen der Heimpflege in Einrichtungen und der Tagespflege 711.200 €. Für mich sind diese Zahlen erschreckend. Hier wird sehr viel Geld für notwendige Korrekturen ausgegeben, deren Ursachen zum Teil weit zurückliegen und wo man früher ansetzen muss. Wir müssen uns im Bereich der Prävention stärker engagieren, um damit teure Behandlungen zu vermeiden und so die Folgekosten zu senken.

Zum Abschluss meiner Ausführungen möchte ich mich im Namen der FDP-Fraktion beim Landrat Herrn Eveslage und seinen Mitarbeitern für die geleistete Arbeit bei der Aufstellung des II. Nachtragshaushaltes 2009 bedanken. Ein besonderer Dank gilt Herrn Lanfermann, der uns ausführlich bei den Haushaltsplanberatungen Rede und Antwort gestanden hat.“

Kreistagsabgeordnete Lüdders erklärte, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lehne den Nachtragshaushalt ab, da er die Position „Zuschuss für den Ausbau des Flughafens Varrelbusch“ enthalte.

Kreistagsabgeordnete Korfhage sagte, dass ein Teil ihrer Fraktion den Nachtrag wegen des Zuschusses für den Flughafen Varrelbusch ebenfalls ablehne.

Der Kreistag beschloss bei 4 Gegenstimmen, die II. Nachtragshaushaltssatzung nebst Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2009 einschließlich Investitionsprogramm in der vorliegenden Form zu erlassen. Der geänderte Finanzplan wurde zustimmend zur Kenntnis genommen.

21. Über- und außerplanmäßige Ausgaben

Sachverhalt: Vorlage-Nr.: KA-09-36
Kreisausschuss am 24.09.2009, TOP 20

Der Kreistag nahm einstimmig die über- und außerplanmäßigen Ausgaben in Höhe von insgesamt 2.139.946,77 € zustimmend zur Kenntnis.

22. Kreditaufnahmen und Zinsanpassungen

Sachverhalt: Vorlage-Nr. KA-09-32
Kreisausschuss am 27.08.2009, TOP 10



Der Kreistag nahm die Umschuldung des Darlehens von 1.890.024,96 € bis zum 15.03.2021 zu einem Zinssatz von 2,75 % zur Hypo Vereinsbank, München, zustimmend zur Kenntnis.

23. Anfragen zu den Niederschriften des Kreisausschusses

Anfragen wurden nicht gestellt.

24. Anfragen

Anfragen wurden nicht gestellt.

25. Mitteilungen

Keine

26. Einwohnerfragestunde

Von der Einwohnerfragestunde wurde keinen Gebrauch gemacht.

Vertraulicher Teil:

Schließung der Sitzung

Die Sitzung wurde um 18.20 Uhr geschlossen.

Kreistagsvorsitzender

Landrat

Protokollführerin